

Waldenburger



Wochenblatt.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.
Bezugspreis vierteljährlich M. 8,10, monatlich M. 1,05 frei ins Haus.
Bei Bestellung durch den Briefträger tritt hierzu noch das Bestellgeld.

Fernsprecher Nr. 3.

Inseratenannahme bis spätestens mittags 12 Uhr. — Preis der einspaligen Petitsseile für Inserenten aus Stadt u. Kreis Waldenburg 20 Pf., von auswärts 25, Vermietungen, Stellengefiche 15, Reklameteil 50 Pf.

Täglich erscheinende Zeitung für den Waldenburger Industriekreis und seine Nachbarbezirke.

Publikationsorgan der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie der Amts- und Gemeindevorstände von Ober Waldenburg, Ditterbach, Nieder Hermadorf, Seitendorf, Neuhendorf, Dittmannsdorf, Lehmwasser, Bärengrund, Neu- und Altgoin und Langwaltersdorf.

Amerikas Programm für die Friedensverhandlungen.

Die Schuld der alten Machthaber.

Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß sich, namentlich in Berlin, der Kampf der Deutschen demokratischen Partei vorzugsweise gegen den politischen und wirtschaftlichen Wahnsinn der Spartakusgruppe und der ihnen verwandten Teile der Unabhängigen Sozialdemokratie richtete mußte. Davon haben die alten Gewalten und die rechtsstehenden Parteien, die sich in der Deutschnationalen Volkspartei zusammengefunden haben, profitiert. Sie hatten die eine Flanke frei und konnten sich mit um so stärkerem Eifer ihren sonstigen Aufgaben zuwenden.

Darum ist es doch wohl notwendig, wieder einmal ausdrücklich festzustellen, daß die Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands das konservativ-militärische System trägt, das wir trotz aller in den letzten Monaten erfolgten Abschwächungen bis zum 9. November 1918 in Deutschland gehabt haben. Die Revolution ist doch nicht, wie das die Politiker der Deutschnationalen Volkspartei so gern wahr haben wollen, die Ursache, sondern lediglich die Folge unserer Niederlage. Die alten Gewalten mit ihrer durch und durch verschriften, innerlich unwahren Politik waren am Ende ihrer Weisheit angelangt. Der Zusammenbruch war da, auch ohne die Revolution.

Es ist heute müßig darüber zu streiten, ob und unter welchen Umständen die Revolution hätte vermieden werden können. Die Regierung des Prinzen Max von Baden hatte fraglos den besten Willen, für Deutschland zu retten, was zu retten war. Ihr wäre auch wohl der Erfolg beschieden gewesen, wenn sie Monate früher zur Macht gelangt wäre: die Episoden Michaelis und Herrling haben den Rest des verfügbaren moralischen Kapitals vernichtet. Der leichte Sieg des Umsurzes vom 9. November hat erwiesen, daß zu viel an den alten Gewalten faul und unterhöhlt war, als daß mit ihnen überhaupt noch eine Zukunft Deutschlands denkbar gewesen wäre.

Darum ist die Begründung der deutschen Republik und die durch sie erfolgte Gewährung der politischen Freiheiten — von deren Verzerrung durch den Terror aus links dürfen wir in diesem Zusammenhang abschneiden — auf jeden Fall ein starker, positiver Gewinn, ja überhaupt unsere einzige Rettung, wollen wir nicht in völligem Untergang verhüten. So riesengroß war die Schuld des alten Systems, daß nur seine restlose Beseitigung eine Sühne für die begangenen Sünden darstellen konnte.

Indem die Deutsche demokratische Partei sich vom ersten Tage ihres Bestehens an auf den Boden der durch den 9. November vollzogenen Tatsachen gestellt hat, hat sie diese Gedankengänge zum Ausgangspunkt für ihre politische Arbeit genommen. Neues will sie schaffen, absolut Neues. In den freien, deutschen Volksstaat der Zukunft soll keine Schuld der alten Zeit mit übernommen werden. Damit aber dieses Ziel erreicht wird, muß die Parole entschlossenen Kampfes gegen diejenigen politischen Kreise ausgegeben werden, die sich, wenn auch in verschütteter Weise, zum Anwalt des alten Systems machen: gegen die Deutschnationale Volkspartei. Es kann von sogenannter „bürgerlicher Gemeinschaft“ und wie andere Schlagworte der Vor-Revolutionszeit lauten, unter gar keinen Umständen die Rede sein. Für Schuld gibt es Sühne. Die Sühne der Schuld der Deutschnationalen Volkspartei, die nun einmal das Erbe der belasteten Vergangenheit mit sich trägt, kann nur lauten: Niederlage bei den Wahlen zur Nationalversammlung! Das diese Niederlage so groß werde wie nur möglich, dazu beizutragen muß die Deutsche demokratische Partei mit allen Kräften bestrebt sein.

Jede andere Politik wäre nicht nur Selbstmord der Deutschen demokratischen Partei, sondern vor allen Dingen auch Versündigung an wesentlichen Interessen des deutschen Volkes. Gerade weil eine sozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung nicht im Interesse des deutschen Volkes liegt, muß die Deutsche demokratische Partei immer und immer wieder sagen, warum wir in das nationale Unglück hineingekommen sind und muß sie die neuen Wege

weisen, auf denen allein wir eine glückliche Zukunft uns wieder bauen können. Mag daher die Agitation der Spartakusgruppe uns zwingen, scharf die Front gegen links einzunehmen, um der deutschen Demokratie, um der deutschen Freiheit willen — die Front gegen rechts bleibt bestehen: die Deutschnationale Volkspartei bleibt unser politischer Gegner, den wir mit rücksichtloser Entschlossenheit bekämpfen werden!

Amerikas Programm.

Eine Probezeit für Deutschland.

London, 18. Dezember. (WTB.) Neuer meldet: „Daily News“ schreiben: Die grundlegenden Argumente der amerikanischen Delegation in Paris werden folgende sein:

1. Der Völkerbund müßte einen Teil des Friedensvertrages bilden.
2. Die Freiheit der Meere muß eines der hauptsächlichsten Prinzipien sein, die durch den Bund festgesetzt werden, damit Amerika nicht eine Flotte bauen muß, die groß genug ist, um eine Sicherheit gegen jedes willkürliche Vorgehen durch das eine oder andere Volk zu schaffen.
3. Die gerechten Ansprüche, die an Deutschland gestellt werden sollen, müssen festgesetzt werden und es muß bestimmt werden, wie weit und auf welche Weise Deutschland bezahlt zu lernen und muss.
4. Die Präliminarverhandlungen können vertraulich sein, aber die Endbeschlüsse der Konferenz müssen öffentlich gefaßt werden.
5. Alle Friedensdelegierten müssen als Vertreter der neuen Welt, nicht als deren Beherrscher zusammenkommen. Jede andere Haltung würde einen Frieden bedeuten, der bald hinterlassen und aus dem dann wieder neue Kriege entstehen läßt.

Wie verlautet, sind die amerikanischen Delegierten dafür, Deutschland in den vorgeschlagenen Völkerbund einzunehmen, wenn auch unter der Bedingung einer Probezeit. Es wird von einem schon fertig ausgearbeiteten Programm von Lloyd George, Clementeu und Orlando gesprochen, aber man nimmt an, daß ihre Verabredungen einen vorläufigen Charakter und den Zweck haben, eine feste Grundlage für die Beratungen zu schaffen. Wie verlautet, behandeln diese Verabredungen unter anderem auch die Frage der Schadensvergütung.

Die Wilson-Begeisterung in Paris.

Basel, 18. Dezember. Nach einer Pariser „Haas“-Meldung dauert der Festtrubel in Paris fort. Wilson und seine Gemahlin sind beständig Gegenstand großer Kundgebungen. Alle öffentlichen und Geschäftshäuser sind illuminiert, zahlreiche Gedächtnisplakate und Beleuchtungsinschriften zu Ehren Wilsons und Amerikas.

Paris, 18. Dezember. Neuer meldet: Marshall Foch besuchte am 17. Dezember abends den Präsidenten Wilson. Er hatte eine halbstündige Besprechung mit ihm.

Generalstreik in Paris.

Basel, 18. Dezember. Der „Progrès de Lyon“ meldet aus Paris: Die links stehenden Kammersozialisten erheben Einspruch gegen die Maßnahmen aus Aulach der Demonstrationen am letzten Sonntag. Am Montag hat in Paris ein Generalstreik begonnen. Für Sonntag werden trotz des Versammlungsverbots neue Kundgebungen erwartet.

Eine Unterredung mit Kapitän Banselow.

Der Berliner Mitarbeiter des „Waldenburger Wochenblattes“ hatte Gelegenheit, mit einem hervorragenden Mitgliede der soeben von Trier nach Berlin zurückgekehrten deutschen Wasserschutzkommission, Herrn Kapitän z. S. Banselow, über die Arbeit und die Erfolge der Kommission zu sprechen.

Kapitän z. S. Banselow erklärte ungefähr das Folgende:

Ich habe den Eindruck, daß die Entente sich mit der vorläufigen Regierung Deutschlands abfindet, ohne sie zu fördern, aber auch ohne sie anzuerkennen. Indes halte ich für denkbare, daß die Entente schon für die Unterzeichnung des Präliminarfriedens Vollmachten verlangt wird, in denen der Wille des gesamten Volkes zum Ausdruck kommt. Solche Vollmachten kann erst der zukünftige Präsident beziehungsweise Ministerpräsident ausschließen, der der Nationalversammlung verantwortlich ist. Trotzdem erwarte ich kaum Einwände gegen deutsche Wünsche. Verhandlungen unter dem Vorbehalt späterer Bestätigung zu führen, sobald nur einmal sicher steht, daß die Nationalversammlung gewählt wird. Jede Beschleunigung der Wahlen wird so auch den Frieden beschleunigen. Auf die Aufhebung der Blockade Deutschlands ist von Seiten der Kommission von vornherein das größte Gewicht gelegt worden. Beider ohne sofortige Wirkung. Erreicht haben wir nur, daß die Vorbereitung unserer Lebensmittelversorgung in Gang gekommen ist und wir die Zusage erhalten haben, daß wir nach dem von der Entente festgesetzten Bedarf an der allgemeinen Versorgung der Welt mit Lebensmitteln unter Benutzung der bestehenden Einkaufsorganisation in Paris und der Verteilungsorganisation in London teilhaben sollen. Wenn auch die deutsche Tonnage für diese Lebensmittelschiffe zur Verfügung gestellt werden muß, so werden die Schiffe doch deutsches Eigentum bleiben und deutsche Besatzung erhalten. Freien Seeverkehr werden wir kaum vor dem Abschluß des endgültigen Friedens erhalten. Meiner Meinung nach wäre es technisch möglich, daß die ersten Lebensmittelladungen im Februar bei uns eintreffen. Ob die Entente aber so schnell arbeiten will, kann ich nicht beurteilen. Jedermann wird sie die Verteilung bis zur Abgabe an den Kleinhandel kontrollieren und die Lebensmittel nur gegen Ausweis an den Käufer abgeben lassen. Rohstoffe werden wir kaum vor dem Abschluß des Präliminarfriedens zu sehen bekommen. Die volle Verkehrsfreiheit zwischen den links- und rechtsrheinischen Gebieten zu erreichen, ist dem Staatssekretär nicht gelungen, doch will Marschall Foch die Frage von neuem prüfen lassen. Auch die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen vor dem Abschluß des Präliminarfriedens und wenigstens zum Teil durchzuführen, ist uns nicht gelungen. Mit welchen Schwierigkeiten wir zu kämpfen hatten, zeigt, daß man auf Seiten der Entente-Kommission allgemein der Meinung war, daß unter unserm Stabe Bolschewisten seien, die versuchen würden, mit den fremden Besatzungstruppen in Berührung zu treten. Marschall Foch selber wurde erst weniger militärisch und sogar ein wenig entgegenkommend, nachdem ihm Erzberger bestätigt hatte, daß die Demobilisierung in Deutschland schon im Gange sei, was bisher nicht geglaubt worden war. Von den fremden Truppen bemühten sich am besten die Amerikaner, die auch uns gegenüber höflich waren, trotzdem man ihnen in Zugemburg eingeredet hatte, sie würden im deutschen Lande umgebracht werden.

Ablehnung der A- und S-Röte durch die Entente.

Berlin, 18. Dezember. (WTB.) Gegenüber ver einzelt laut gewordenen Zweifeln an der bekannt gewordenen ablehnenden Stellungnahme der Entente

gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten geben wir im folgenden eine von der Waffenstillstands-Kommission stammende authentische Darstellung des Sachverhalts:

Am 12. Dezember traf in Trier bei der deutschen Waffenstillstands-Kommission folgendes Telegramm ein:

Staatssekretär Erzberger, deutsche Waffenstillstands-Kommission, Trier.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Kreuznach drückt:

Es für die feindlichen Seiten beziehen bezw. in diesen Tagen zu beobachtenden Gebiete die ungehindernte Ausreise und Rückkehrsmöglichkeit der zu der am 16. Dezember in Berlin stattfindenden Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte zu entsendenden Delegierten gewährleistet? Direkte umgehende Antwort ist erwünscht. Auswärtiges Amt.

In Anbetracht der hohen Bedeutung dieser Frage beauftragte der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstands-Kommission, Staatssekretär Erzberger, ein Mitglied der Kommission, sich sofort mit dem Oberkommando der Alliierten in Trier ins Benehmen zu setzen, um eine Entscheidung in der wichtigen Frage umgehend herbeizuführen. Es fand eine Versprechung zwischen dem deutschen Herrn und einem Vertreter des alliierten Oberkommandos statt, als deren Ergebnis Staatssekretär Erzberger mitgeteilt wurde, daß die Entente unter keinen Umständen die Arbeiter- und Soldatenräte anerkenne.

Staatssekretär Erzberger fragte in der zweiten Sitzung der deutschen Delegierten mit Marschall Foch an, ob der Bescheid, wie er im Telegramm vorlag, tatsächlich der Aussage des Marschalls Foch und somit der der Alliierten entspreche. Marschall Foch wurde das Telegramm deutsch und in französischer Übersetzung vorgelegt. Schon bei Kenntnahme des ersten die Anfrage des Arbeiter- und Soldatenrates in Kreuznach wiedergebenden Satzes gab Marschall Foch keine ablehnende Stellungnahme zu erkennen. Zu dem Passus „Richterurkundung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Entente“ erklärte er ausdrücklich, daß dieser Bescheid seines Vertreters völlig seiner und der alliierten Aussage entspreche.

Der englische General Memos gab seinerseits sofort seine Übereinstimmung mit Foch durch die Bemerkung „d'accord“ Ausdruck. Damit war eine völlig kompetente Antwort in der Angelegenheit vorhanden.

Könnte die Ablehnung der Arbeiter- und Soldatenräte in Kiel durch den englischen Admiral allenfalls noch als Privatmeinung desselben betrachtet werden, so steht jetzt fest, daß die Entente als solche die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkennt.

Düsseldorf, 18. Dezember. Der britische Generalgouverneur in Köln hat angeordnet, daß sich in dem von den britischen Truppen besetzten reichs- und linksrheinischen Gebiet die A- und S-Räte jeglicher Entwicklung auf Staats- und Kommunalbehörden, sowie der Einrichtung in Verwaltungssangelegenheiten zu erhalten haben. Die A- und S-Räte haben ihre gesamte Tätigkeit unverzüglich einzustellen und sich jeder Verwaltung staatlicher und gemeindlicher Gebäude und Einrichtungen zu erhalten. Diejenigen A- und S-Räte, die der Anordnung des britischen Generalgouverneurs entgegen handeln, sind sofort nachhaltig zu machen. Die englisch Militärbehörde werde dann gegen sie einschreiten.

Mahnur Rathaus zur Solidarität aller Berufstände.

Berlin, 18. Dezember. (W.T.B.) In der heutigen Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft hielt ihr Präsident Dr. Walther Rathenau eine Rede, in der er ausführte:

Es ist leicht zu berechnen, was es bedeutet, wenn heute das Einkommen eines Arbeiters auf den achtstündigen Arbeitsstag umgerechnet sich auf mehr als 7000 Mark belaufen soll. Das bedeutet bei der Arbeiterzahl, die ich nur mit 300 000 Mann veranschlagen will, eine Belastung unseres Volkseinkommens von mehr als zwei Milliarden. Es wird jedem einleuchten, daß eine solche Belastung auf die Dauer von einer verhältnismäßig kleinen Bevölkerungsklasse nicht überbracht werden kann. Wir müssen der Oeffentlichkeit rücksichtlos sagen, daß die wachsenden Ansprüchen, in diesem Ausmaß vorstreichend, nicht nur schwere wirtschaftliche, sondern auch schwere politische Gefahren bedeuten. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die Abneigung gegen Berlin wächst.

Das Land versteht nicht, was hier in Berlin vorgeht und es ist so schwer, diese Dinge anschließend zu erklären. Kommt Berlin, wie es den Anschein hat, aus der Reihe, infosfern hier Arbeitseinkommen bewilligt werden, die man im Lande nicht kennt, so wird die Abneigung gegen Berlin nicht schwinden, sondern wachsen. Mit dieser Abneigung gegen Berlin werden die Gefahren der separatistischen Versplitterung des Reiches sich nicht verkleinern.

Es kommt aber noch hinzu, daß übertriebene Forderungen seitens der jetzt in den Betrieben vertretenen ehemaligen Armeen. Wenn jetzt, solange die Gesellschaften sie noch notdürftig tragen können, die Einnahmen des Einzelnen so hoch gezeigt werden, daß ein allgemeiner Rückgang und eine geschwächte Leistungsfähigkeit der Fabriken die Heimkehrenden erwarten, so werden diese Heimkehrenden sich schwer darüber klagen, daß man in ihrer Abwesenheit die Werke soweit geschwächt hat,

dass in dem Augenblick, wo sie sich an die Arbeit machen wollen, nichts mehr übrig war.

Wir stehen nicht nur in schweren inneren und wirtschaftlichen Gefahren, sondern wir stehen vor dem Abschluß des Friedens, den wir nicht kennen und der uns gewaltige Bedrückungen bringen kann. In solchen Zeiten kann nur eines uns helfen:

Ordentlicher Aufbau der Wirtschaft im Sinne der Erweiterung ihrer Tugend, und vollkommen Solidarität aller wirkenden Faktoren im Lande, vollkommene Solidarität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, vollkommene Solidarität aller Berufstände.

Der Dritte Tag der Reichskonferenz.

Berlin, 18. Dezember. Saal und Tribünen sind gut besetzt. Sie bieten ein ruhiges Bild. Vorsitzender Reinert eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 25 Min. Die Geschäftsordnung wird zur Abstimmung gestellt und es folgt die Beratung der Anträge der Garde-Regimente.

Boigt (Breslau): Die Forderungen der Berliner Kameraden sind mehr oder weniger im ganzen Reich ausgenommen in Berlin, durchgeführt. In Berlin redet man sehr viel und vergibt darüber kaum Handeln. Wir in der Provinz, besonders in Schlesien, haben es glatt durchgesetzt, daß kein Offizier, so hoch er stehen mag, eine Kommandogewalt ausüben kann, ohne vom Vertrauen der Soldaten getragen zu werden. Wir haben ohne Hilfe der Volksbeauftragten, des Kriegsministeriums und des Volkszugsrates unseren Willen durchgesetzt, an einigen Stellen allerdings mit Gewalt. Szenen, wie die gestrigen hier, können uns nicht respekt verschaffen. (Auf: Wir leben in der Revolution!) Gewiß, aber man soll nicht Sachen vollführen, die sehr gemacht aussehen. (Zustimmung.) Die gestrige Demonstration ist nicht impulsiv von den Berliner Soldaten ausgegangen. Sie sind zu vernünftig, als daß sie ein solches Theater machen. Über die Forderungen an sich läßt sich reden, aber wenn die Oberste Heeresleitung, die über den Waffenstillstand verhandelt, bestigt wird, könnte die Entente Schwierigkeiten machen. Ich beantrage, daß der neue Volkszugsrat mit den Volksbeauftragten und den Fronttruppen über diese Anträge verhandelt. (Wettkampf)

Däumig (Berlin): Bei der Revolution sollte zunächst der Militarisimus beseitigt werden.

Seine Spize ist davongejagt, sein Bau erschüttert, aber sein Geist, seine Organisation ist noch sehr lebendig. Die Forderungen sind durchaus würdig gestellt worden. Wir sind in Berlin noch nicht so weit, weil wir immer bei den Volksbeauftragten auf Widerstand gestoßen sind. Der Rat der Volksbeauftragten muß jetzt einen Kriegsminister eintreffen, der das Vertrauen der A- und S-Räte besitzt und auch nachgeordnete, vom neuen Geiste befehlte Leute einsetzt.

Lewinsohn: Von der Westfront vermag kein Kamerad die Verantwortung für die Demobilisation zu übernehmen. In den meisten Punkten sind wir mit den Berliner Kameraden einig, es geht aber nicht, die Offiziere alle abzusagen. Sie seien zu schwach. Wo ist denn die Gegenrevolution? Heute nachmittag findet eine Beratung der Berliner Truppen statt. Ich bitte daher, die Entscheidung bis dahin hinauszuschieben.

Der Vorsitzende teilt mit, daß die gestrige Deputation der Garde truppen wieder erschienen ist. Sie wünsche, mit Vertretern der Fraktionen zu verhandeln, ihre Forderungen wollten sie abändern. Es wird beschlossen, die Weiterberatung auszusetzen, bis das Ergebnis der Beratung mit den Soldaten vorliegt.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen teilt Vorsitzender Reinert mit, daß wieder einige Deputationen erschienen sind, darunter Vertreter der Berliner Arbeiter, die drohen, daß sie, falls sie nicht vorlassen werden, morgen

mit 250 000 Arbeitern die Arbeit niederlegen wollen.

Das gleiche Recht wie die Berliner müssen alle deutschen Arbeiter haben, die unsere Beratungen fortgesetzt unterbrechen wollen. Wohin fämen wir, wenn auch die Eisenbahner in den Werkstätten und im Verkehr die Arbeit einstellen und hierher kommen würden. Das können wir nicht verantworten. (Lebhafte Bravo.) Der Kongress arbeitet im Namen der gesamten Arbeiter Deutschlands. (Lebhafte Zustimmung.)

Es wird fast einstimmig beschlossen, für die Empfänge von Deputationen einen besonderen Saal zur Verfügung zu stellen. In diesem Augenblick erscheint eine große Arbeiterdeputation im Saal. Sie zeigt Plakate und rote Fahnen. Vorsitzender Reinert macht die Deputation auf den soeben gesagten Beschluß aufmerksam und bittet sie, sich demgemäß zu beschieden. (Bravo.) Der Führer der Abordnung versucht zu sprechen, wird aber von großem Lärm und der Glorie des Präsidenten überdeckt.

Schließlich versteht sich Reinert dazu, diesmal noch die Forderungen der Arbeiterschaft anzuhören, da auch die Soldaten zu Worte gelommen seien. Der Führer trägt die Forderungen vor:

1. Deutschland, eine einheitliche sozialistische Republik.
2. Alle Macht den A- und S-Räten.
3. Regierungsgewalt für den Volkszugsrat.
4. Befreiung des Rats der Volksbeauftragten.
5. Maßnahmen zum Schutz der Revolution.
6. Waffnung der Gegenrevolution.
7. Waffnung des Proletariats.
8. Aufruf zur Durchführung der sozialistischen Weltrepublik.

Nachdem Reinert die Forderungen zur ordnungsmäßigen Erledigung entgegengenommen hat, verläßt die Abordnung allmählich den Saal.

Nach einem Schlusswort Richard Müllers zum Bericht erhält noch Dittmann das Wort. Es führt u. a. aus:

Die Nationalversammlung ist das große Ziel. Kleingleichen müssen ausgeschaltet werden. Es handelt sich da nicht um ein Parlament, sondern um eine Versammlung, die die Grundzüge schafft für die Sicherung der Errungenheiten der Revolution. Wir haben mit den Massen zu rechnen nicht wie sie sein sollten, sondern wie sie sind. Jetzt kommt es darauf an, die Massen mit sozialistischer Einsicht zu erfüllen, um so das Proletariat zu sammeln. Das Proletariat muß bei den Nationalversammlungswahlen sich zusammen schließen zum Kampf gegen den Kapitalismus. Dann braucht niemand besorgt zu sein um den Ausgang der Wahlen. Es wird helfen:

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg. (Brausender Beifall.)

Über einen Antrag Baujensberg, der den A- und S-Räten die politische Gewalt, das Kontrollrecht, Be- und Absetzungsbefreiung gegenüber der Executive überträgt und völliges Ausscheiden der bürgerlichen Regierungsmitglieder verlangt, wird nach Prüfung der Mandate namentlich abgestimmt.

Nach der Mittagspause wird über die vorgelegten Anträge abgestimmt.

Ein Antrag der bürgerlichen Presse, ihr 4 Prozentverzinsung ihres Anlagekapitals zu belassen, den Rest der Reichstasse zu überweisen, wird dem Volkszugsrat überwiesen.

Angenommen wird ein Antrag auf Entwaffnung der Gegenrevolution, baldige Befreiung der Kriegsgefangenen, Übertragung der gesetzgebenden und exekutiven Gewalt auf den Rat der Volksbeauftragten bis zur Nationalversammlung, Überwachung des Reichs- und preußischen Kabinetts durch den Zentralrat, Be- und Absetzungsbefreiung der Reichs- und Landesräte durch die Volksbeauftragten. Bei Berufung der Fachminister ist der Zentralrat zu hören. Angenommen wird weiter ein Antrag, daß dem Volkszugsrat die Kostenzulage der A- und S-Räte vorzulegen ist.

Abgelehnt werden u. a. die Anträge auf Aufhebung des Grenzschutzes, ebenso ein Antrag, der besagt, daß die Tätigkeit der Volksbeauftragten auf Vernichtung der Macht der A- und S-Räte hinausläuft und der Gegenrevolution dient.

Der Kongress tritt sodann in die Beratung der von den Soldaten gestellten Anträge ein.

Hause berichtet kurz über die Verhandlungen mit den Soldaten.

Rosse, Beigeordneter zum Reichsmarineamt: Bei dem Marineamt besteht der Wunsch, so rasch wie möglich mit der Mannschaftsbesetzung fortzufahren, soweit es sich nicht um solche Mannschaften handelt, die zur Bewachung des außerordentlich wertvollen Materials unentbehrlich sind. Durch den 52er Ausschuss beim Marineamt werden die Geschäfte in ungünstiger Weise verlangsamt. Dieser Ausschuss soll nun noch um weitere elf Mitglieder vermehrt werden. (Hört, hört)

Ein Marinemitglied erklärt: Die Ostseestation ist mit dem 52er Ausschuss keineswegs einverstanden. Eine Direktive haben wir bisher von ihm überhaupt noch nicht bekommen.

Nach kurzen Bemerkungen wird die Debatte geschlossen. Die von einer frei gebildeten Kommission beschlossene Fassung der Entschlussanträge, die im allgemeinen den ursprünglichen Anträgen entspricht, wird angenommen.

Ein Antrag, in den Garnisonen soll die Kommandogewalt in der Hand der örtlichen A- und S-Räte liegen, wird den Volksbeauftragten überwiesen.

Ein Antrag auf Verminderung des 52er Marinetauschusses wird nahezu einstimmig angenommen.

Es folgt der

Bericht der Mandatsverteilungskommission.

Die Kommission beantragt, 442 Mandate als gültig zu erklären, 72 zu kassieren. Die Versammlung beschließt, von den beanstandeten Mandaten sechs in die Kommission zurückzuweisen und zwei für gültig zu erklären.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 9 Uhr verlegt.

* * *

Demonstration vor dem Abgeordnetenhaus.

Berlin, 18. Dezember. Die freilgenden Berliner Arbeiter und Siehereiarchen demonstrierten heute unter Führung roter Fahnen in einer Zahl von 20 000 Mann vor dem Abgeordnetenhaus. Sie entbanden eine Deputation zum Kongress der A- und S-Räte.

Währenddessen hielt Liebknecht eine Ansprache, in welcher er dem Kongress vorwarf, daß er die russische Revolution nicht begrüßt habe. Volksbeauftragter Barth suchte die Arbeiter zur Befreiung zu mahnen. Es sei alles geschehen, um die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. Das Parlament der A- und S-Räte könne unmöglich alle wünschlichen Arbeiten unterbrechen, um die Wünsche der Abordnungen anzuhören. In einer weiteren Ansprache erklärte Barth, die

Regierung Thier-Scheidemann müsse hinweggesetzt werden. (Stürmische Unterbrechungen.)

Dann erschien die Deputation aus dem Kongress und erklärte, dieser sei bereit, sie morgen zu empfangen. (Vereinigte Bravo's.)

Waldenburger Wochenblatt.

Nr. 297.

Freitag den 20. Dezember 1918.

Beiblatt.

Ein nationalliberaler Aufruf zum Eintritt in die Deutsche demokratische Partei.

D.P.K. Eine Anzahl nationalliberaler Zentralvorstandsmitglieder, die am Sonntag der letzten Sitzung des Zentralvorstandes beigewohnt haben, sowie eine Reihe sonstiger Führer der nationalliberalen Partei erlassen den nachstehenden Aufruf:

An unsere Parteifreunde!

Das Deutsche Reich, für das unsere Großväter gesitten, unsere Väter gelämpft, wir selbst uns begeistert und unsere Söhne und Brüder opfermutig den Tod erlitten haben, ist zusammengebrochen. Wie für alle anderen, so hat auch für unsere Partei der Weltkrieg mit seinem erschütternden Ausgang neue Lebensbedingungen geschaffen. Nur aus dem tatsächlich gegebenen Boden der deutschen Republik und auf demokratischer Grundlage kann der Wiederaufbau des Vaterlandes ins Werk gebracht werden. Es gilt, gesetzmäßige Zustände wieder herzustellen. Geht es weiter wie bisher, so sind Staatsbankrott und Hungersnot und in ihrem Gefolge Plünderung und Gewalttaten unausbleiblich.

Dies Unglück kann nur eine regierungsfähige Mehrheit in der bevorstehenden Nationalversammlung abwenden. Je mehr das deutsche Bürgertum in Parteien gespalten, umso schwerer ist dies zu erreichen. Viel zu lange schon hat die Parteizersplitterung im deutschen Volke gedauert, und zur Schwächung unserer Volkstracht beigetragen.

Deshalb sind wir dem Drängen zahlreicher Parteifreunde aus allen Ecken des Reiches nach einem festen Zusammenschluß der freiheitlich gesinnten Kreise unseres Volkes gesollt und haben uns mit anderen auf demokratischer Grundlage stehenden Organisationen unter Hinterziehung bisher bestehender Gegenseite zur Deutschen demokratischen Partei vereinigt.

Aus schlaggebend war für uns, daß in einem Staate der Volksherrschaft nur große Parteien den Willen ihrer Wähler verwirklichen können. Die Deutsche demokratische Partei hat mehr als jede bloße Fortsetzung der alten Parteien die Aussicht, die gewaltigen Scharen der frischen Wählerschichten der Frauen und der Jugend mit sich zu reißen, die ohne

Verständnis für alten Zwist mit offenem Sinn für neue Gedanken in das politische Leben hereinströmen. Wir trauen ihr zu, daß sie die große Partei ist, die, alle Schichten des Volkes umfassend, jede einseitige Klassenherrschaft verhindert.

Die Gesinnungen, die uns bisher geleitet haben, bleiben in der Deutschen demokratischen Partei in guter Art. Die liberale Idee von dem besonderen Wert des einzelnen und seiner Seele und dem Aufstieg des Tüchtigen, der soziale Gedanke der Gerechtigkeit und des Schutzes des Schwächeren unter uns und die nationale Forderung der Einheit aller Deutschen und der Wahrung der Rechte des freien deutschen Volkes unter den anderen Völkern.

An alle unsere ehemaligen Parteifreunde im Lande richten wir die dringende Bitte und Mahnung, unserem Beispiel schnell zu folgen.

Eile tut not!

Die Wahlen zur Nationalversammlung stehen vielleicht eher bevor, als wir glauben. Berlin, 15. Dezember 1918, abends.

Von den Unterschriften sind bemerkenswert: Belian, 1. Bürgermeister, Eisenburg. Dr. Böller, M. d. R., Justizrat, Berlin. Dr. Böhme, M. d. R., Syndicus, Berlin. v. Bülow, Geh. Justizrat, Homberg v. d. H., M. d. A., Dumath, M. d. A., Landrat, Winsen i. L., Friedberg, M. d. A., Staatsminister a. D., Berlin-Charlottenburg. Grunow, M. d. A., Stadtrat, Breslau. Jund, M. d. R., Justizrat, Leipzig. Kleinath, Schriftsteller, Berlin. M. d. R., Liepmann, M. d. A., Geh. Justizrat, Charlottenburg. List, M. d. R., Rechtsanwalt, Berlin-Grunewald. Ludwig, Geh. Justizrat, Erfurt, M. d. A., Lucas, A., M. d. A., Geh. Kommerzienrat, Berlin. Lusenky, Ministerialdirektor, M. d. A., Nischke, Staatsminister, Dresden. Otto, Professor, Marburg a. L., M. d. A., Führ. v. Richthofen, Legationsrat, M. d. R. u. A., Berlin. Schweizer, Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Berlin. Schmidtthals, Rittergutsbesitzer, Niemberg bei Obernigk. Prinz Heinrich zu Schönau-Carola, M. d. R. u. O., Amis. Schröder, Landrat, Geh. Reg.-Rat, Rosel, M. d. A., Trittel, Gymnasial-Direktor, M. d. R., Neuhaldensleben. Wachhorst de Wente, M. d. R. u. A., Hosbäcker, Osnabrück.

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 19. Dezember 1918.

Der Kriegsausschuß für Konsuminteressen

(Ortsausschuß für Stadt und Kreis Waldenburg) hielt in der Gorlauer Bierhalle eine Sitzung ab. Die Bildung eines Ernährungsausschusses innerhalb des Arbeiter- und Soldatenrates, der der bisherigen Leitung der Lebensmittelversorgung des Kreises beigeordnet ist und ohne dessen Zustimmung wichtige Entscheidungen nicht mehr getroffen werden dürfen, wird vom Kriegsausschuß als recht notwendig und wichtig begrüßt. Desgleichen erscheint auch die Gründung von Ortsausschüssen, aus Vertretern der verschiedenen Berufsklassen der Bevölkerung zusammengesetzt, als sehr zeitgemäß und werden beide Gründungen einer alten Forderung des Kriegsausschusses gerecht. Leider sind solche Ortsausschüsse bisher nur vereinzelt ins Leben gerufen worden und wird der Ernährungsausschuß eracht, auf die Durchführung einer solchen Gründung in allen Gemeinden, zum mindesten den größeren, zu dringen. Als Beirat in den Ernährungsausschüssen wurde seitens des Kriegsausschusses der Vorsteher, Telegraphemechaniker Kloß, gewählt.

Über die bisherige Tätigkeit des Ernährungsausschusses berichtete dessen Vorsteher, Arbeitsschreiber Grüttner. Die bisher geleistete Arbeit war eine umfangreiche und nicht leichte. Es galt zunächst, vollen Einblick und Aufklärung über die Nahrungsmitittelversorgung des Kreises zu gewinnen. Der Bericht selbst deckte sich im allgemeinen mit dem in der letzten Vollstzung des A- und S-Rats erstatteten, weshalb hier nicht darauf eingegangen zu werden braucht. Eine Herabsetzung der Kartoffelwochenmenge ist wohl zu erwarten, doch erscheint es unzulässig, wenn die Stadt Waldenburg schon für diese Woche eigenmächtig eine Herabsetzung festsetzt. Bezüglich der Fleischversorgung gab Referent interessante Mitteilungen über den Umsatz der Versorgung des Verbraucherkreises Waldenburg. Durch die Zurückhaltung des früher an die Provinzialfleischstelle abgelieferten Rohsalzes darf in Zukunft mit öfterer Veranschlagung einer Wochenmenge von Talg gerechnet werden. Da von jetzt ab auch die Knochen nicht mehr zur Ablieferung gelangen,

Gerhard von Rüden war jedoch nicht von der frohen Stimmung angefeuert. Er begrüßt sich mit seinem Schnurrbart und seiner Gorge um Eva in sein Arbeitszimmer. Und da ließ sich Baron von Ramberg bei ihm melden.

Gerhard zuckte zusammen. Er erhob sich und richtete sich straff auf. Ramberg kam ihm gerade recht. Es handelt sich bei ihm, daß er diese Gelegenheit benutzen wollte, Ramberg den beauftragten Wind zu geben.

„Sch lasset bitten“, sagte er zum Diener Braun, der den Baron anmeldete. Ramberg trat ein. Er war etwas blaß und erregt. Mit einer Verbeugung trat er näher. „Verzeihen Sie, Herr von Rüden, wenn ich vielleicht störend in eine Arbeitsstunde falle. Gießen Sie drängt mich. Ihnen eine Eröffnung zu machen, die ich nicht länger hinauszögern möchte. Wollen Sie die Güte haben, mich einige Minuten anzuhören?“

Gerhard neigte das Haupt und blickte auf einen Teller. Er allein wußte, was es ihm kostete, diesem Manne gegenüber seine Ruhe zu bewahren. Aber sein Gesicht war bleich und entschlossen. „Bitte, nehmen Sie Platz, Baron. Wissen Sie mir zu sagen?“

Ramberg blieb stehen. „Gefallen Sie mir, daß ich Ihnen meine Bitte stichend vortrage und daß ich ohne Umhedauf mein Ziel losgehe.“

„Ich bitte darum.“ Gerhard Lippen. Über Ramberg war zu erregt, um bat auf zu achten. Er holte tief Atem. „Ich gestatte mir, Ihr Fräulein Schneider zu hören.“

Rüden, daß ich Ihr Fräulein Schneider lieb, seit ich sie in Berlin erstmals gesehen habe. Diese Liebe ist immer stärker geworden und — ich hoffe, daß meine Gefühle erwidert werden. Deshalb bin ich heute zu Ihnen gekommen, um Sie zu fragen, ob Sie mir erlauben wollen, mich um die Hand Ihrer Fräulein Schneider zu bilden.“

Einen Augenblick herrschte atemlose Stille. Dann rückte sich Gerhard zu seiner Schlanke, stolzen Höhe empor. Sein Gesicht erblieb falt und bersteinart. Und mit harter, scharfer Stimme sagte er salt und schnellen:

„Nein, Baron Ramberg — das gefällt ich nicht.“

Gedächtnisblätter.

20. Dezember.
1552: † Rathoring von Wora, Luthers Gattin, la. 1499. 1795: * der Geschäftsmischer Leonhard von Monse in Böhme (* 1886). 1906: Gedenktag unter Friedrich August I., als Königreich proklamiert. 1866: * der Schriftsteller Ferdinand Neumann in Berlin.

—1092—

nungslose, unerfüllte Liebe ist bitterer als der Tod. Gott schütze Dich davor.

Sch habe auf einem Dampfer, der am zweiten Samstag in See geht, einen Platz für mich belegt und reise also an diesem Tage ab. Bis dahin bleibe ich in der kleinen Pension hier in Bremen, wo ich mein letztes Weihnachtsfest auf deutscher Erde verleben werde. Ich werde an Dich denken und für Dein Glück beten. Meine Gedanken werden unablässig in Rilla Rüden sein — wo ich unfliehbar glückliche, aber auch die schwersten Tage meines Lebens, verbracht.

Wenn ich von Dir die Nachricht erhalten sollte, daß Eva Deine Braut geboren ist, dann werde ich mich so recht von Herzen freuen und Gottessegen auf Euch herabziehen. Gern würde ich Dich noch einmal wiedersehen. Ich wäre nach Berlin gekommen, um mich von Dir zu nehmen, aber ich muß jetzt mit jedem Großchen rechnen, damit mein Geld bis Monopetta reicht. Vielleicht ist es Dir möglich, auf einen Tag hierher zu kommen, ehe ich abreife. Auf jeden Fall erwartete ich noch Nachricht von Dir, nach Deiner Ankunft in Villa Rüden. Erjähle mir, wie Du dort alles gefunden hast — es interessiert mich auch das Kleinst. Zu Gedanken hin, ich immer noch dort. Doch man genug. Lebe wohl und alles Glück mit Dir, mein lieber Hans.

Deine treue Schneiderin Freda.“

Diesen Brief hatte Hans schon von Berlin aus beantwortet und Freda mitgeteilt, daß er direkt vor der Reise nach Rüden stehe und vor der Entscheidung seines Erfolgs. Weiteres werde er ihr von Rüden schreiben. Es sei ihm ein schwerlicher Gedanke, daß sie nach Andien gehen mösse, und er hoffe noch, sie davon abzuhalten zu können. Und als Hans von Ramberg an diesem ersten Abend in Rilla Rüden in einem sehr eleganten Gastzimmer zur Ruhe ging, da lag er Fredas Brief noch einmal durch und schüttelte befürchtet den Kopf.

Und diesem Briefe spricht eine so seltsame Resignation, wie sie sonst in Fredas frischem, kindgemäßem Wesen gar nicht liegt. Sch fürchte, sie hat die Einstellung hier nur aufgegeben, um den Stein des Unheils für mein Glück aus dem Wege zu räumen und das kann ich nicht auflassen. Jetzt ist es an mir, für Freda einzutreten, wie sie es so lange für mich tat. Grahams ich mit Eva im Flaten bin, sage ich ihr, wer Freda ist.

Und an Eva aufleuchtende, glückstrahlende Augen deutend, schließt er ein. Um nächsten Morgen durfte es im ganzen Hause nach frischen Sämmen und Weihrauchbadereien. Echte, rechte Weihrauchküchen lag über dem ganzen Treiben. Sie schmückten Ladden ein. Diente. Sie schmückten zusammen die große Weihrauchstanne, und Wistor trug läuter übermütigen Unzug.

Wann diese abwechselnd den einzelnen Gemeinden zum Verkauf überwiesen werden. Die Bemühungen, eine Erhöhung der Grundmenge an Buden zu erlangen, werden fortgesetzt werden.

Aus der Mitte der Versammlung wurde dem Ernährungsausschuss und dessen Vorsitzenden Anerkennung gezollt. In der Besprechung des Referats wurde um Ausklärung über die große Spannung zwischen Erzeuger- und Verkaufspreis der Milch ersucht.

Als wünschenswert erachtet wurde eine strenge Kontrolle, daß die Weiterförderung der Pensionsschweine über den festgesetzten Abschlachtmärkten hinaus im Interesse der Karioffelversorgung nicht in zu großer Zahl genehmigt wird.

Weiter wurde ein Notschrei der Haustiere nach baldiger Heberleistung von Räumaterial weitergegeben. Schnelle Hilfe ist dringend nötig.

Zur Sprache gebracht wurde wieder die Übersteitung der Höchstpreise. Wird dagegen eingeschritten, so wird die Versorgung der Bevölkerung beeinträchtigt, das Schaf erscheint es als das beste, die Höchstpreise ganz aufzuheben, da sie doch nichts nützen.

Mit allem Nachdruck soll der Ernährungsausschuss dafür eintreten, daß der Kreis Waldenburg nicht weiter durch Kurgäste geschädigt wird. Es wird gefordert, daß nur wirklich Kraut auf Grund eines freiwilligen Abtauschs die Badeort besuchten dürfen und der Besuch des Kreises durch Sommerfrischler unterbunden wird. Beslossen wurde, dem Magistrat der Stadt den Vorsitzenden des Kriegsausschusses als Mitglied der Preisprüfungs-Kommission vorzuschlagen.

Der Eisenbahn-Weihnachtsverkehr.

Bei der starken Beanspruchung der Eisenbahnen auf Truppenbeförderung und der in der Ausführung begriffenen Auslösung eines großen Teiles der Lokomotiven und Wagen an Frankreich auf Grund des Waffenstillstandsvertrages, sowie mit Rücksicht auf die Erfordernisse des Güterverkehrs für die Lebensmittel- und Kohlenversorgung können — so schreibt die Eisenbahndirektion Breslau — in diesem Jahre zur Bewältigung des Weihnachtsverkehrs besondere Maßnahmen nicht abgelassen werden. Reisende, welche in den fahrtplanmäßigen Zuglinien nicht unterkennen, müssen zurückbleiben. Eine Beförderung in besonders abzulassenden Vor- und Nachzügen ist in diesem Jahre ausgeschlossen. Die bereits allgemein angeordneten Beschränkungen in der Ausgabe von Fahrkarten bleibend bestehen. Außerdem wird zur Vermeidung einer Überfüllung bei einzelnen Zügen der Fahrtkartenverkauf eingeschränkt oder ganz geschlossen werden müssen. Die Gültigkeit der Fahrtkarten wird während der Zeit vom 20. Dezember 1918 bis 4. Januar 1919 nur auf den Tag der Abfahrt befristet. Bahnsteigkarten werden in derselben Zeit überall da, wo es zur Freibeförderung der Bahnpassagiere notwendig erscheint, nicht ausgegeben. Bei der überaus schwierigen

gen Tage der Eisenbahnen und der drohenden Siedlung in der Lebensmittel- und Kohlenbeförderung bei starker einschendem Personenverkehr wird das Publikum vor der Ausführung aller nicht unbedingt notwendigen Reisen während der Weihnachtszeit in seinem eigenen Interesse eindringlich gewarnt.

* Der heisige Wahlkreis der Deutschen Demokratischen Partei bittet uns, bekannt zu geben, daß in der am heutigen Donnerstag, abends 7½ Uhr, in der „Gothaer Bierhalle“ stattfindenden Versammlung an Stelle des verhinderten Professors Dr. Wohlauer über das Thema „Revolution und Nationalversammlung“ Herr Pastor Möhring aus Breslau sprechen wird, dem der Ruf eines glänzenden Redners vorausgeht. Wir machen alle der bürgerlichen Demokratie angehörenden Männer und Frauen auf diese wichtige Versammlung nochmals aufmerksam und weisen ferner darauf hin, daß nach den Vorträgen eine Aussprache stattfinden wird.

* Wechselseit. Das Grundstück Lützowstraße 19 ist von Frau Kapellmeister Wohl in den Besitz des Kästen von Bleich übergegangen. Als Kaufpreis werden 76.000 M. genommen.

* Die Wählerlisten zur Nationalversammlung werden Ende dieses Monats fertig sein, da seit der Veröffentlichung des Wahlgesetzes für die Nationalversammlung ein voller Monat zur Verfügung stand. Schon am 1. Dezember hat Staatssekretär Preuß durch Mundschreiben alle Behörden auf die Möglichkeit der Vorverlegung des Wahltermins hingewiesen. Es sind auch schon eine ganze Reihe von Nachrichten eingelaufen, welche uns die Gewöhnlichkeit der Wahlzettel sind, die am ersten Januar die Wählerlisten überall fertig sein werden, selbst in Berlin, wo die Verhältnisse am schwierigsten liegen. Der Zeitraum von einem Monat war aber infolge der Rückkehr der Truppen, der Umstellung der Wirtschaft, der großen Fluktuation der Bevölkerung und der ungeheuren Erhöhung der Wählerzahl von 14 auf 40 Millionen undodrig notwendig. Manche hätte sich die Arbeit nicht bewältigen lassen. Es ist auch Vorsorge dafür getroffen worden, daß die Truppen, welche erst im Jahre 1919 heimkehren, noch in die Wählerlisten eingetragen werden können.

* Weihnachtsaufführung. An dieser Stelle sei nochmals auf die am Montag den 23. d. Mts. abends im Saale der „Herberge zur Heimat“ stattfindende Aufführung des weihnachtlichen Jugendspiels „Die Wogenpost“ zum Besten des Waldenburger Jugendheims hingewiesen. Wer sich und der lieben Jugend eine genugreiche frohe Weihnachtsstimmung herzauberende Stunde verschaffen will, besuchte die Aufführung. Vorortaus für Spatz und Saalplatz in Melcher's Buchhandlung.

= Weihnachtsfeier. Der katholische Verein der weiblichen Kaufmännischen Angestellten und Beamten

hatte am Montag im Vereinshaus eine Feier, deren Grundgedanke „Weihnachten in Wart und Bild“ war. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Vortrag des Präses Oberkaplan Nonnast über „Alte und moderne Meister“. Gedichte, Lieder und Bilder trugen zur Vermögensbildung und Illustrierung des Vortragenen bei.

* Stadt-Theater. In dieser Woche bleibt Freitag und Sonnabend das Theater infolge Vorbereitungen für die Feiertage geschlossen. — Am Sonntag den 22. Dezember findet eine Doppel-Vorstellung statt. Nachmittags 3 Uhr gelangt als Kinder-Vorstellung das mit Gesängen, Tänzen und Melodramen reich ausgestattete Weihnachtsmärchen „Wie klein Elschen das Christkind suchen ging“ zur Aufführung. Am Abend wird unter Mitwirkung der gesamten Waldenburg-Bergländer die reizende Operette „Unter der blühenden Linde“ wiederholt. In Vorbereitung befinden sich: die Operetten-Novität „Kinder! Amüsiert Euch“, das Volkstheater mit Gesang „Mein Leopold“ und das Lustspiel „Die spanische Blüte“.

Weinstein. Kriegsunterstützungen. Die Verteilung weiterer Unterstützungen an die hilfsbedürftigen Personen und Familien, deren Verjüger noch nicht zurückgekehrt sind, erfolgt Sonnabend den 21. Dezember, nachm. 3—4 Uhr, im Verlesesaal der 3. Abteilung des Hans-Heinrich-Schaffes.

Bücherschau.

Willkommen in der Heimat! Das ist gegenwärtig der allesbeherrschende Ruf aus Millionen von menschlichen Herzen, und wehende Fahnen und festlicher Schmuck sind die äußeren Zeichen dankbaren Gedankens. Freude und Jubel aber erwarten den tapferen Krieger in seinem Heim mit all den halb vergessenen und doch wieder so vertrauten großen und kleinen Dingen, die gleich guten und treuen Hausgeistern freundlich aus allen Ecken lugen und sich in das Herz des Heimgelehrten hineinlächeln. Und zu diesen guten und treuen Hausgeistern mit ihrem ewig jungen Gesicht und ihrem heiteren Gewande gehören auch die Meggendorfer-Blätter. Gute manche frohe Stunde haben sie draußen nach schweren Jahren und Mühen unserer verdienten Feldgrauen gebracht. Diesen Grundsatz wollen die Meggendorfer-Blätter auch fernerhin unentwegt hochhalten. Sie fahren, wie die neuesten Nummern beweisen, fort, Kunst und Humor in zeitgemäßer Form zu pflegen.

Marktpreis.

Freiburg, 17. Dezember. Gesetzlicher Höchstpreis Pro 100 kg weißer Weizen 32,00 M. Gelber Weizen 22,00 M. Roggen 20,00 M. Brau-Gerste 20,00 M. Futtergerste 20,00 M. Hafer 20,00 M. Kartoffeln 11,— M. Hen 20,— M. Rüschstroh 2,— M. Krummstroh 8,00 M. Erbsen — M. Bohnen — M. Butter 1 kg 7,80 M. Eier 1 Schal vom Produzenten 14,40 M., vom Wiederverkäufer 18,00 M.

Nr. 296.

Waldenburg, den 20. Dezember 1918.

3d. XXXV.

Der Schiffsalbweg.

Roman von M. Werner.

(30 Fortsetzung)

Wiederholung verboten.

Gerhard suchte sein eigenes Leid zu vergessen in der Gorge um Eva. Es fiel ihm schwer aufs Herz, daß nun auch ihr Schicksal sich erfüllen würde. Das Weihnachtsfest war nahe herbeigekommen, und in wenigen Tagen würden Witter und Ramburg erwartet.

Von Tag zu Tag hatte es Gerhard verschoben, Eva zu sagen, daß sie ihre Wünsche und Hoffnungen in bezug auf Ramburg einzuordnen müsse. So oft er dazu antrat, krampfte sich ihm das Herz zusammen. Er sah das lebensmüde Seufzen in ihren Augen, die heimliche Erwartung, und konnte nicht sprechen. Wie ein Mensch kam er sich vor, der blühendes Leben vernichten sollte.

Ermal sagte er ihr, sie möge nicht so fest an ein erbarates Glück rechnen, mons könnte doch nicht wissen, ob Ramburg nicht ambulantig mit dem Herzen engagiert sei. Da lächelte sie nur und schüttelte den Kopf.

„Das weiß man doch ganz genau, Gerhard, wenn man gelingt will. Und er liebt mich, wie ich ihn liebe“, sagte sie.

Da lachte er. Er mußte jetzt die Dinge gehen lassen. Aber er nahm sich vor, Ramburg zu verlassen angedeutet, daß er von ihm erwartet, daß er seine Schwestern nicht bestrafen. Er wollte ihm anbieten, daß an einer Beziehung zwischen ihm sei, sich zurückziehen. Als er diesen Entschluß gefaßt hatte, wurde er ruhiger. So war Eva am schönsten von ihrer schönen Traum zu hören.

Eva war nun ejig bei den letzten Vorbereiungen, um da sich Gerhard bringen könnte, heiter zu erscheinen, so wie sie auch seinetwegen ruhiger. Am Sonntag vor dem heiligen Abend war in einem der großen Güte des Diestionsgebäudes stets eine Bestellung für die Kinder der auf den Konsumverträgen eingeschlossenen Beamten und Arbeiter. Dabei boten Eva, Gerhard und Frau von Rothe stets aufgegessen. Eva mußte dieses Jahr.

Und die Feier bestrafte, wie immer, für alle Käufe kamen, log ein Telegramm von Ritter da. Als die Gefährten an diesem Abend nach

Gebirgs-Blüten.

Waldenburg, den 20. Dezember 1918.

3d. XXXV.

„Kreife mit Ramburg morgen abend lieben Ihr ein. Bitte, Wagen an Bahnhof. Billot.“

Evas Gefühl erglühte. Sie wußte sich um ihc umzutreiben, wie sie sagte.

In Wirklichkeit wußte sie sich in ihrem Ziente auf den Dipan und barg das Gesicht in den Händen.

„Er kommt! Er kommt!“

So sang und sang es in ihrem Herzen. Am nächsten Loge traf Eva von Roda die letzten Vorbereitungen für das Fest und den Empfang der beiden Offiziere. Eva trieb es unruhig im Saal hin und her. Und dieser Log schien endlos lang für ihre Umgangszeit.

Bei jeder Zeit stand Gerhard das Auto noch dem Böhrhof, und schon Minuten nach seiner Rückkehr hielte es mit den beiden Herren am Portal der Villa Rüden.

Und als Eva und Rada von Ramburg aufnahmen Loge trof Eva von Roda die letzten Vorbereitungen für das Fest und den Empfang der beiden Offiziere. Eva trieb es unruhig im Saal hin und her. Und dieser Log schien endlos lang für ihre Umgangszeit.

„Er kommt! Er kommt!“

Und als Gerhard sich in die glückselig aufstrahlenden Augen schaute, da wußten sie, daß jährlichen Ihren Farben die leiste Schönheit gefallen war, daß sie einander liebten mit den echten, rechten Lieben, die auch im Rot und Gold nicht voneinander läßt.

Gerhard beschloß nun bei sich, nicht lange zu warten, daß er sich Geliebtheit holte. Und als ehrlicher Mann wollte er zunächst zu Gerhard von Rüden gehen, der über ihre Hand zu berücksichtigen hatte, und ihm zeigen, daß er Eva liebt und um die Erlaubnis bitte, sich um ihre Hand bewerben zu dürfen.

Er hatte von Freda aus Bremen Nachricht erhalten. Sie hatte ihm mitgeteilt, daß sie ihre Entlassung genommen habe, weil sie gemacht habe, daß es keinem von ihnen unangenehm gewesen sei, ihr gegenüber gesellschaftliche Rücksichten nehmen zu müssen. Zu ihrem Briefe hatte es dann weiter gelesen:

„Du brauchst nur feinerlei Rücksicht mehr auf mich zu nehmen, Hanna. Ich habe nach Rothe gefragt, um bei der Mori als Hofdamme zu sein. Es ist es auch für Dich das Beste. Wenn Du nicht willst, braucht nun kein Mensch zu erfahren, daß Freda von Waldau Deine Schwester ist. Es steht bei Dir, ob Du es Eva sagen willst, wenn sie Dir Ihr Somort gibt.“

„Ich wünschte Dir von geringem Herzen, daß sie es tut, nicht weil sie reich ist, sondern weil sie ein liebenswertes, edles Geschöpf ist, und weil sie ja von Herzen liebt. Und eine Hoff-

Deutschlands Verluste im Kriege.

In Ergänzung der bisherigen Mitteilung über die Höhe der deutschen Verluste im Weltkrieg teilen die „Vol. Parl. Nachrichten“ über die Gesamtziffer bis zum 30. November die folgenden „authentischen Zahlen“ mit:

1 600 000 Tote,
203 000 Vermisste,
618 000 Gefangene,
4 064 000 Verwundete,
6 485 000 Gesamtverlust.

Die Verluste der deutschen Offiziere. Nach amtlichen Feststellungen sind im Kriege 58 500 Offiziere gefallen. Die Zahl der verwundeten und erkrankten, erblindeten und siechen deutschen Offiziere übersteigt die Zahl von 200 000.

An die weiblichen Angestellten

wendet sich die Deutsche demokratische Partei mit folgendem Flugblatt:

Was bedeutet die sozialistische Republik?

Die sozialistische Republik bedeutet Klassenherrschaft. Sie wählt die Regierenden aus einer abgegrenzten Volksgruppe, sie behält einer bestimmten Schicht Macht und Einfluss vor. Damit nimmt sie auch die Möglichkeit zu wirtschaftlichem Aufstieg, die persönliche Ehrlichkeit verliert jeden Antrieb. Die Sozialdemokratie zielt auf Verstaatlichung aller Betriebe, d. h. in der Folge Ausschaltung Deutschlands vom internationalen Wettbewerb, Niedergang von Handel und Industrie an Stelle von Wiederaufbau und Gesundung.

Was bedeutet die demokratische Republik?

Die demokratische Republik kennt nur Staatsbürger und Bürgerinnen verschiedener Berufe, sie vertreibt keine Klasseninteressen. Sie erkennt jedem Bürgern das Recht zu, nach jedem Platz im Reiche zu streben, sie sichert dem Talente die Möglichkeit des Erfolgs, gleichviel, ob sein Träger von unten oder oben herkommt, ob er ein Mann ist oder eine Frau. Sie will Deutschland seinen Platz auf dem Weltmarkt neu erobern und sichern, ohne zu verlernen, daß eine Anzahl von Betrieben zur Verstaatlichung reicht. Sie erstrebt in erster Linie Wohlstand des Landes, d. h. Wohlstand des einzelnen Bürgers.

Die sozialistische Republik wird der Arbeiterin als Ziel dargestellt, als der einzige Weg zur Erfüllung ihrer Sonderforderungen, zur Wahrung ihrer Sonderinteressen.

Die demokratische Partei ist das Ziel aller Bürger und Bürgerinnen, aller berufstätigen Frauen, der Angestellten wie der Arbeiterinnen. Sie will jeder an ihrem Platz zu Aufstieg und Wohlstand verhelfen.

Klare Entscheidung ist das Gebot der Stunde!

Angestellte Frauen, merkt wohl auf, daß ihr euch dabei auf die richtige Seite stellt. Euer Platz ist da, wo jede von euch als Bürgerin zu ihrem Recht kommt, wo man die besondere Art eurer Arbeit zu begreifen und zu werten versteht.

Bedenkt, daß zum ersten Male eure und eurer Kinder Zukunft in eurem Hand gegeben ist.

Stützt die Partei, die allein die euch gemäße Regierungsförm, die demokratische Republik, verwirklichen kann und will.

Entscheidet euch für die Deutsche demokratische Partei!

Die Deutsche demokratische Partei sichert euch als Angestellten den gesetzlichen Ausbau des Angestelltenrechts, die Verbesserung der Versicherungsgezeuge. Sie tritt für die Verkürzung der Arbeitszeit ein. Sie will euren Berufsorganisationen ein sicheres Recht schaffen.

Sie sichert euch als Frauen Gleichberechtigung mit euren männlichen Kollegen.

Angestellte Frauen, die Revolution hat den Frauen aller Parteien das Wahlrecht gegeben. Die Deutsche demokratische Partei will es ihnen bestätigen und bewahren.

Die Sozialdemokratie weiß ihre Frauen politisch aufgelistet, gefestigt und geeint hinter sich. Sie erhofft von der politischen Unschlüssigkeit der übrigen Wählerinnen Versplitterung, Abfall vom Bürgerum und weitere Stärkung ihrer eigenen Reihen.

Angestellte Frauen, zeigt, daß die sozialdemokratische Rechnung falsch ist, daß ihr ebenso einig in Reich und Staat zu stehen vermögt wie jene, daß ihr ebenso klar seht, wo die Erfüllung eurer Forderungen liegt.

Angestellte Frauen, wählt für die Deutsche demokratische Partei, auch um eurer Pflichten willen, der Pflichten gegen das Reich, dem ihr angehört.

Deutschland braucht euch! Der deutsche Volkstaat kann und darf nicht allein aus den Massen der Handarbeiter und -arbeiterinnen neu aufgebaut werden, er bedarf einer starken und selbständigen denstenden Mittelschicht von Männern und Frauen.

Jeder Staat muß zuletzt zugrunde gehen, der ein Treppad ist, das seine Bürger nur bewegen, ohne sich auf seine Stufen erheben zu können.

Angestellte Frauen, bedenkt, daß zum erstenmal Deutschlands Zukunft mit in eurem Hand gegeben ist.

Wählt und wählt für die Deutsche demokratische Partei.

Deutsches Reich.

Das bürgerliche Recht unverändert in Kraft. Weißbach wird angenommen, die durch die Revolution hervergerufene veränderte Lage habe ohne weiteres auf wirtschaftlichem Gebiet eine Veränderung der privatrechtlichen Beziehungen zur Folge und bilden insbesondere allein schon einen rechtlichen Grund zur

Aufhebung von Lieferungsverträgen, die schon vor der Revolution abgeschlossen sind. Dagegen wird von dem Blatt der Volksbeauftragten darauf hingewiesen, daß das bürgerliche Recht unverändert in Kraft bleibt, soweit es nicht durch Verordnungen der Regierung oder von dieser ernächtigten amtlichen Stellen ausdrücklich aufgehoben oder abgeändert ist.

Wie die Revolution vorbereitet wurde. In einer Versammlung des A.- und S.-Rates in Magdeburg erzählte der Führer der Unabhängigen, das Exklusivmitglied Peter:

Was ist diese Revolution nicht überraschend gekommen, seit dem 25. Januar d. J. haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet. Die Arbeit war schwierig und gefährlich zugleich, wir haben sie mit vielen Jahren Zuchthaus und Gefängnis bezahlt. Die Partei hatte eingesehen, daß die großen Streiks nicht zur Revolution führen, es mußten daher andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat gelohnt. Wir haben unsere Freunde, die an die Front gingen, zur Fliehensucht veranlaßt; die Fliehensüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriftslosen Flugblättern verschenkt. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zerstören sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen; und so hat sich der Fall allmählich, aber sicher vollzogen.

Eine unerhörte Herausforderung der Polen. Die polnische Regierung in Warschau hat die Beziehungen zum Deutschen Reich abgebrochen und Wahlen zur polnischen Konstituante auch für die von Preußen beanspruchten Gebiete festgesetzt. Gegen diese Maßregel muß der schärfste Protest erhoben werden. Es ist Pflicht der deutschen Regierung, unverzüglich mit größtem Nachdruck das deutsche Recht an deutschem Land geltend zu machen. Die Wahlen zum polnischen Landtag, die für den 26. Januar ausgeschrieben sind, dürfen unter keinen Umständen in deutschem Gebiet stattfinden. Bisher hat die Reichsregierung sich leider zu energischen Schritten gegenüber den polnischen Freiheiten nicht aufzutzen gewußt. Jetzt ist es aber doch wohl wirklich so weit, daß man sagen muß: „Es hilft kein Mundspitten mehr, es muß gezeigt werden.“ Sollte die Regierung sich trotzdem in der Erfüllung ihrer Pflicht faulig zeigen, so würde es Aufgabe der Parteien sein, sie zu durchsetzenden Schritten zu zwingen. Die Deutsche Demokratische Partei wird, das sind wir gewiß, es nicht an rücksichtloser Vertretung der deutschen Interessen scheuen lassen!

Alldeutsch-konservative Heile gegen Wilson. Auf das Stichwort „Deutschland ist ohnmächtig“ zieht der seitens bekannte alldeutsch-konservative Graf Nevenklow, der nicht einsehen will, daß er sich politisch unmöglich und völlig überflüssig gemacht hat, wieder einen Beitragsartikel aus seiner schreibseligen Feder, und er rät, echt Nevenklow, gerade darum jetzt gegen den Präsidenten Wilson tüchtig aufzutreten! — Wer hat denn Deutschland ohnmächtig gemacht, doch nur die Politiker von dem Schlag Nevenklow, die uns in den Krieg mit Amerika hineingezogen, als wir einen ehrenvollen Weltkrieg haben konnten. Dass diese Leute es auch jetzt noch wagen, den Mund überfull zu nehmen, um neues Unheil anzurichten, zeigt nur, daß sie in ihrer geistigen Verfassung durchaus Schicksalsgenossen von Liebknecht und Rosa Luxemburg sind, an deren Seite sie gehörten.

Der widersprüchige Großherzog. Der Großherzog Ernst Ludwig von Hessen ist der einzige, der bisher nicht dem Beispiel der übrigen Fürsten gefolgt und offiziell auf den Thron verzichtet hat. Nachdem inzwischen sein Schwager, Prinz Heinrich, seine aufrührerregende Erklärung abgegeben hat, daß er sich auch weiterhin als Mitglied des Hauses Hessen-Pohlheim betrachte und den Kaiser als Oberhaupt des selben, sind dem Darmstädter A.- und S.-Rate allerlei Gedanken gekommen. Man vermutet, daß der Schwager des ermordeten Zaren angestrebts seiner guten Beziehungen zu verschiedenen ausländischen Höfen. Aussicht habe, zur Leitung des geplanten neuen Rheinbundes berufen zu werden. In einer Versammlung des A.- und S.-Rates wurde daher mit Entschiedenheit die offizielle Abdikation des Großherzogs verlangt mit dem Hinzuflügen, daß für einen konspirierenden Großherzog in Hessen jetzt kein Platz mehr sei. Entweder solle er fliehen, oder müsse er interniert werden, wenn er nicht abdankt.

Die Flaschenpüllerin als Kultusminister. In Braunschweig hat der Minister für Kultus und Unterricht sein Amt niedergelegt und ist, wie die „Germania“ meldet, nach längerer Haft im Schloss jetzt von der Regierung, die ganz in den Händen der Unabhängigen liegt, freigelassen. Als „Vollzommunist für Volksbildung“ waltet, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, eine Frau Kasthauer. Ihre Vorbildung besteht, sobald man will, darin, daß sie die unteren Klassen der Volksschule bis zur dritten Klasse besucht hat, die sie im 14. Lebensjahr erreichte, und daß sie mit Flaschenpüllen in einem größeren Saalbau und mit Zeitungsausstrichen beschäftigt war. Sie hält täglich Sprechstunden im Ministerium und hat bereits die Oberrealschullommission, den Vertreter der Technischen Hochschule und die Präsidenten des Konsistoriums empfangen.

Gestrückte Apanagen. Die neue Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat beschlossen, daß die aus Landesmitteln bisher gezahlten Apanagen und Württember für die Angehörigen des bisher großherzoglichen Hauses nicht mehr zur Auszahlung gelangen sollen. Darunter befindet sich auch die Gesamtsumme von 191 000 Mark, welche bisher an die Frau Großherzogin-Mutter Anastasia, die Mutter der früheren deutschen Kronprinzessin, zur Auszahlung

gelangte. An den weiteren Beibragenden gehört auch der bekannte Afrikareisende Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, der 40 000 M. an Apanage, sein Bruder, der Herzog Johann Albrecht, der frühere Herzogsgenossen von Braunschweig, und der Vorsteher der deutschen Kolonialgesellschaft und Mitbegründer der Deutschen Vaterlandspartei, der 75 000 M. verliert. Mit 103 640 M. verliert die Großherzogin Marie, mit 40 000 M. der Herzog Paul Friedrich, mit ebensoviel der vielseitig genannte Herzog Heinrich Borwin und mit 20 000 M. die Herzogin Maria Antoinette, sodass der mecklenburgische Staat auf diese Weise den Betrag von 695 640 Mark erwart.

Die Ablieferung des Eisenbahnmaterials. Bei der Übernahme der von uns abzuliefernden Lokomotiven geht die Entität persönlich genau vor. Maschinen, die nicht völlig intakt sind, werden nicht angenommen. Die Ablieferung erfolgt kassevorwärts. Es müssen vom 17. bis 26. Dezember 1100 Lokomotiven, vom 27. Dezember bis 6. Januar 1700 Lokomotiven und vom 6. bis 16. Januar weitere 1700 Lokomotiven zur Ablieferung gelangen. Für den Fall, daß diese Bedingungen nicht erfüllt werden, ist als Strafe die Abgabe von weiteren 500 Lokomotiven vorgesehen.

Letzte Telegramme. Stabilisierung des Übergangs- zustandes.

Berlin, 19. Dezember. Der „Vormärts“ schreibt: Der Kongress der A.- und S.-Räte hat seine Macht ausgelöst, indem er einen Antrag mit gewaltiger Mehrheit zum Beschluß erhob, bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt der Reichsleitung zu übertragen. Dieser Beschluss ist deshalb von so großer Wichtigkeit, weil er geeignet ist, den Übergangszustand zu stabilisieren und weil er die Nationalversammlung als die Instanz anerkennt, die berufen ist, die Regierungsgewalt endgültig zu ordnen. Freilich plant Spartacus für heute noch einen Zauber größten Stiles. Liebknecht soll gestern vor dem Abgeordnetenhaus erklärt haben, es sei Zeit, mit dem ganzen Anfang des Räteskongresses ein Ende zu machen. Es ist beachtet, heute die Arbeiter aus den Betrieben herauszuholen, um gegen die Nationalversammlung und gegen den Kongress zu demonstrieren. Aber den lebenden Arbeiter werden unter diesem Publikum nicht zu finden sein.

Liebknechts Drohung.

Berlin, 19. Dezember. Laut „Berliner Tageblatt“ sagte Liebknecht in einer Ansprache an die etwa zwei bis drei Tausend zahlenden Demonstranten vor dem Räteskongress, die sozialistische Revolution in Deutschland habe noch nicht begonnen. Sie kann erst, und nur die Arbeiterklasse wäre es, die sie ausführen könnte.

Die deutsche Botschaft in Spanien.

Berlin, 19. Dezember. Die spanische Regierung hat dem auswärtigen Amt mitgeteilt, daß Botschafter Prinz Ritter, Legationsattaché von Stöhrer, Militärrat und Marine-Intendantur Grimm nicht mehr personae gratae seien. Prinz Ritter und die gesamten Mitglieder der deutschen Botschaft werden demnächst ihre Rückreise nach Deutschland antreten. Als Geschäftsträger verbleibt der erste Sekretär der Botschaft, Botschafter Graf Bassewitz, in Madrid.

Letzte Volks-Nachrichten.

* Personalnachricht. Herr Oberlehrer Bottin vom hiesigen Lyzeum erhielt einen Ruf als Oberlehrer an die städtische Oberrealschule zu Oppeln und wird ihm Ostern 1919 folge leisten.

□ Die Schnabehandlungsschule des Arbeiterwohlfahrtvereins veranstaltete am Mittwoch in ihren Arbeiträumen an der Lützowstr. hier selbst wieder eine Ausstellung, verbunden mit Verkauf ihrer mannsachen Erzeugnisse. Letztere waren überaus reichhaltig und legten Zeugnis ab von der Sorgfalt der an der Schule tätigen Lehrkräfte wie dem Eisern und der Schaffensfreudigkeit der Schüler, deren Zahl z. B. auf 62 gestiegen ist. Einige der unterweisenden Handwerkermaster sind bereits über 25 Jahre an der Anstalt tätig, deren Leitung in den erprobten Händen des Aktors Kelch liegt. Derselbe unterrichtet im Zeichnen und Papparbeiten. Alle die ausgestellten Tischler-, Drechsler-, Korbmacher-, Holzbildhauer- und Schnitzerarbeiten, sowie Korb- und Papparbeiten zeigten ein sauberes, zum Teil künstlerisches Aussehen und fanden raschen Absatz. Die Arbeits- und Lagerräume sind hell und lustig. Sie sind von der Fürstl. Generalverwaltung losenlos zur Verfügung gestellt; die Verwaltung hat auch die Lieferung der benötigten Materialien übernommen.

lo. Gottesberg. Weihnachtsfeier. Der unter Leitung der Frau Lehrer Jonas stehende katholische Kinderchor veranstaltete für seine Jünglinge eine wohlgelegene Weihnachtsfeier, bestehend aus Lieder- und Gedichtsvorträgen, der Aufführung eines Weihnachtsspiels und einer Verlosung.

Wettervorhersage für den 21. Dezember: Veränderlich, windig, kälter, auch Regen oder Schnee.

Druck u. Verlag: Ferdinand Domel's Erben (Geschäftsleitung: O. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: W. Müller, für Redakte und Konsulare: G. Anders, sämlich in Waldenburg.

Bekanntmachung.

Zur Versorgung der heimlehnenden Krieger mit Oberkleidung ist zwar der Entlassungsgruppen teil verpflichtet, doch stehen dem hiesigen Kommunalverbande für Fälle besonderer Bedürftigkeit 800 zweilige Anzüge (Hose und Jacke) und 120 Mäntel zur Verfügung. Entlassene Krieger, die dringend bürgerliche Oberkleidung benötigen, wollen sich unter Vorlage ihrer Militärpapiere an den Amtsvertreter ihres Wohnortes wenden, der ihnen nähere Auskunft erteilen wird.

Waldenburg, den 19. Dezember 1918.
Der Landrat.

Höchstpreise betreffend.

In dem Inserat des Magistrats in Nr. 293 betr. „Höchstpreise“ muß es in der vierten Zeile bei Weizenmehl nicht „28“, sondern „27 Pf.“ für 500 Gramm heißen.

Waldenburg, den 19. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Für die Lebensmittelabteilung wird zum sofortigen Antritt eine in der

Buchführung bewondernde Kraft

gesucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sofort erbeten an Magistrat, Abteilung VIII.

Arbeiterinnen

zum sofortigen Antritt gesucht.

Meldungen können im Zimmer 16 im Rathause erfolgen.

Waldenburg, den 19. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Gemeinde und Gut Ober Waldenburg.

Auf den Abchnitt Nr. 6 der Petroleumkarte kann für den Monat Dezember 1918 1 Liter Petroleum und eine Kerze bei Herrn Kaufmann Asch hier selbst entnommen werden.

Ober Waldenburg, 18. 12. 1918. Gemeindevorsteher.

Ober Waldenburg.

Freitag den 20. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr, findet im Saale des Gasthauses „zum Prinz Carl“ hier, Chausseestr. 17, eine Versteigerung von größeren Listen an den Meistbietenden statt.

Ober Waldenburg, 18. 12. 18.

Amtsverwalter.

Ober Waldenburg.

Die Herren Hausbesitzer oder deren Stellvertreter werden hierdurch erachtet, die neuen Brot-, Fleisch- und Butterkarten Freitag den 20. Dezember 1918, nachmittags von 5–6 Uhr, im hiesigen Lebensmittelamt abzuholen.

Ober Waldenburg, 18. 12. 18.

Gemeindevorsteher.

Seitendorf.

Die revidierte Gemeindelassen-Rechnung pro 1917 ist durch die Gemeindevorordneten-Versammlung am 18. Dezember d. J. beschafft bzw. festgestellt worden.

Gemäß § 20 ad 2 bis 6 und Biffer III Litt. C Nr. 9 der Anweisung zur Ausführung der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 liegt die oben erwähnte Rechnung im hiesigen Gemeindebüro während der Dienststunden zur Einsicht der Gemeindeangehörigen in der Zeit vom

20. Dezember 1918 bis 3. Januar 1919

öffentlich aus, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Seitendorf, 19. 12. 1918.

Der Gemeindevorsteher.

Die Bescherungen in unserem Altersheim

finden statt:

Freitag den 20. Dezember 1918, nachmittags 4½ Uhr,
für die Spielchule,

Montag den 23. Dezember 1918, nachm. Punkt 4 Uhr,
für die Siechen.

Wir laden hierzu unsere Mitglieder und Gönner freundlich ein.

Der Vorstand des Vaterland. Frauen-Vereins.

Wieder eröffnet:

Kaufm. Privat-Schule von Gotth. Wilh. Jakob,
Waldenburg Schl., Marktplatz 18¹.

Für die kalte Jahreszeit

empfehlen wir unsere alkoholfreien

= Heissgetränke =

mit Rum oder Glühwein-Aroma usw.,
in anerkannt vorzüglichster Qualität.

Gesetzl. geprüft u. genehmigt. — Gesetzl. geprüft u. genehmigt.
Preis: 1/2 Fl. 4,00, 3/4 Fl. 3,00, 1/2 Fl. 2,20 M.

Seller- und Limonaden-Fabrik o. m. o. o.,
Waldenburg i. Schl., Wöhlerstr. Nr. 36.

Fernsprecher Nr. 333. — Fernsprecher Nr. 333.

Abzüsse, Steuerzachen, Inventuren,

Bilanzen, Bücherordnungen, auch auswärts.

Jakob, Waldenburg Schl., Marktplatz 18¹.

Goldene Damenuhr,

14 kar. Doppeldeckel, und Ketten zu verkaufen ab 5 Uhr nachm. bei Schneider, Scharnhorststr. 1, pt.

Briefmarken-

sammlung zu tausen gesucht.

Öfferten unter V. R. an die Ge-

schäftsstelle dieses Blattes.

Echt

Pontifex-

Likör,

bis 1894 „Deutscher Benedictiner“ genannt.



Erstklassige, weltbekannte deutsche Spezialität.

Zu haben in allen besseren Delikatessen, Weinhandlungen und Restaurants.

Alleinige Fabrikanten:

Deutsche Liqueur-Fabrik

Friedrich & Comp.,

Waldenburg in Schlesien.

Wählerlisten

zur verfassunggebenden deutschen National-Versammlung hält vorläufig

Verlag des „Waldenburger Wochenblattes“.

Für Kriegsverletzte!

Ein moderner Laden mit Wohnung und großen Räumen 1919 zu vermieten. Wo? sagt die Geschäftsst. d. Bl.

Holzpantoffeln!

Hölzer hierzu liefern in jeder gewünschten Größe

Glogauer Holzwarenfabrik.

Glogau, Hohenzollernstraße.

Muster stets gern zu Diensten.

Eine größere, gut erhalten Laterna magica mit 34 Bildern zu verkaufen beim Fleischermeister Küffler,

Neu Salzburg 5a.

Krautabsfälle

geben preiswert ab

Gustav Seeliger

G. m. b. H.

2 Schneidergejessen

findt bald A. Buschner,
Ober Waldenburg, Chausseestr. 1.

Kräftige Arbeiterinnen

für das Brennhaus,

mehrere Schalen-Ueber-

formerinnen

für die Dreherei,
werden sofort eingestellt.

Carl Krister,

Porzellansfabrik

Waldenburg i. Schl.

Ein Lehrmädchen

für seine Damenschneideei gesucht.

Paula Boehm,

Damenschneidermeisterin,

Cochiusstraße 1, II.

Dienstmädchen,

nicht unter 17 Jahren, zum 2. Januar gefügt. Haushalt 3 Personen. Gute Beipflegung.

Zu ertragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein ordentl. fleißiges Dienstmädchen, nicht unter 16 Jahren, kann sich per 1. Januar melden bei Kriebel,

Waldenburg, Cochiusstr. 8, I

Sanbare Bedienung Stundenweise für einzelnen Herrn gesucht. Wo? sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Opfer um Opfer

mit dem beliebten Darsteller

Carl Beckersachs.

Sowie das Lustspiel:

Emmahu, der

Schrecken Afrikas.

In der Hauptrolle:

Arnold Rieck,

der beste und beliebteste Komiker Berlins.

20
Schauspiele

Albertstraße,
Telephon Nr. 332.

Nur noch Donnerstag:
Der abwechslungsreiche
Spielplan!

Waldemar
Psilander

im Liebesroman
in 3 Akten:

Der ewige
Rausch.

Ossi Oswaldo

im Lustspiel
in 3 Akten:

Das Mädel
vom Ballett

Großer Lacherfolg!
Nur erste Berliner
Bühnenkünstler!
Detektiv-Abenteuer in
3 Akten:
Die Drei van Hells.

Voller Spannung!

Freitag:
Stuart
Webbs.

Stadttheater Waldenburg

(Hotel „Goldenes Schwert“).

Sonntag, den 22. Dezember:

Doppel - Vorstellung!

Nachm. 3 Uhr:
Kinder - Vorstellung!

kleine Preise!

Wie Klein Elschen das
Christkind jühen ging.
Dramatisches Weihnachtsmärchen
mit Gesang, Tanz und Melo-
dramen in 7 Bildern.

Abends 7½ Uhr:

Operetten-Abend!
Unter Mitwirkung der gesamten
Waldenburger Bergkapelle!

Unter der
blühenden Linde

Operette
in 3 Akten von Leo Kastner und
Ralph Lesmar.
Musik von Friedrich Gellert.